

Erfolg für Sawiris in Ägypten

SINAI cr. Erfolgsmeldung für die Orascom Development AG des ägyptischen Investors Samih Sawiris, der in Andermatt das Ferienresort baut: Im Beisein des ägyptischen Premierministers Hisham Qandil wurde gestern der Touristenhafen Taba Heights auf der Sinai-Halbinsel wieder eröffnet. Taba Heights ist eine Destination der Orascom Development. Sie umfasst neben dem Hafen sechs Hotels mit insgesamt 2365 Zimmern.

Vor allem die ägyptische Tourismusbranche erhofft sich Impulse von der Hafeneröffnung. Der Hafen wurde bis zu seiner temporären Schliessung 2011 im Zuge der politischen Unruhen im Land von jährlich über 350 000 Touristen angefahren. «Taba Heights ist eine wirtschaftliche Lebensader für Tausende Ägypter auf der Sinai-Halbinsel», meinte auch der ebenfalls anwesende ägyptische Tourismusminister Hesham Zaazou.

SVP will Lager für Asylbewerber

INITIATIVE sda. Das verschärfte Asylgesetz ist seit Samstag in Kraft, nachdem das Parlament die Massnahmen für dringlich erklärt hatten. Der SVP genügt das nicht. Sie bereitet eine neue Asylinitiative vor und will sie 2013 lancieren. SVP-Parteipräsident Toni Brunner bestätigte einen Bericht der «Sonntagszeitung». Die SVP will mit dem Volksbegehren drei Internierungslager für alle Asylbewerber fordern. Die Asylsuchenden sollen die ganze Dauer des Verfahrens in geschlossenen Lagern verbringen.

Glühbirnen-Verbot soll fallen

VORSTOSS Persönlich hat sie sich zwar mit Glühbirnen eingedeckt. Doch SVP-Nationalrätin Yvette Estermann will auch ihre Wähler vor der giftigen Sparlampe schützen.

EVA NOVAK
eva.novak@luzernerzeitung.ch

Die kluge Frau baut vor. Solange es noch legal war, hat Yvette Estermann direkt ab Fabrik Hunderte von Glühbirnen gehamstert – wohl wissend, dass dem klassischen Lichtspender nach 120 Jahren am 1. September 2012 das Licht

«Die hochgepriesene Sparlampe erfüllt die hohen Erwartungen nicht.»

NATIONALRÄTIN YVETTE ESTERMANN (SVP, LUZERN)

abgedreht würde, weil er zu viel Energie verbraucht. Für sich selbst und ihre Familie hat Estermann auf zwei Generationen hinaus vorgesorgt. Nun kümmernt sich die Luzerner SVP-Politikerin auch um den Rest des Landes: Per Motion verlangt sie vom Bundesrat, das Glühlampenverbot in der Schweiz per sofort aufzuheben.

Quecksilbervergiftungen

Als dieses beschlossen worden sei, habe man auf die Energiesparlampen als gleichwertigen Ersatz mit viel geringerem Stromverbrauch gesetzt, argumentiert die Politikerin mit abgeschlos-

senem Medizinstudium. Das habe sich leider als Illusion erwiesen: «Die hochgepriesene Sparlampe erfüllt in der Praxis die hohen Erwartungen nicht», schreibt Estermann in ihrem Vorstoss. Und zwar nicht nur wegen ihres kalten, vergleichsweise schwachen Lichts. Sondern auch wegen des in ihr enthaltenen Quecksilbers. Die Sparlampe sei so giftig, dass es nicht reiche, den vom Bundesamt für Gesundheit empfohlenen Mindestabstand von 30 Zentimetern einzuhalten, um einem gesundheitlichen Schaden vorzubeugen.

Das merke man in der EU, wo sich mit dem Glühlampenverbot das Problem der Quecksilbervergiftungen «massiv verschärft» habe.

Neuseeland hob Verbot auf

Neben den gesundheitlichen meldet Estermann ökologische Bedenken an: Die Herstellung einer Energiesparlampe brauche viel Energie, sagt sie unter Verweis auf eine Untersuchung der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), wonach die Sparlampe bei einer umfassenden Umweltbilanz schlechter abschneide als die Glühbirne. Auch die Entsorgung einer kaputten Sparlampe sei aufwendiger als diejenige einer Glühbirne. Zudem könnten die Energie-Einsparungen durch Mehrkonsum überkompensiert werden, wie in den USA definitiv nachgewiesen sei.

Dass es auch anders geht, zeigt sich gemäss Estermann am Beispiel von Neuseeland: Die dortige Regierung hat Ende 2008 ein bereits ausgesprochenes Glühlampenverbot wieder aufgehoben, um den Konsumentinnen und Konsumenten die Wahl zu lassen, welche Lampen sie wo einsetzen möchten. Diesem Beispiel solle die Schweiz folgen,



de – darunter auch einzelnen Freisinnigen, Sozialdemokraten und der grünen St. Galler Ärztin Yvonne Gilli. Letztere siedelt die Glühbirne zwar im Bereich der Nostalgie an und findet sie «höchst ineffizient» – aber dennoch umweltverträglicher als die Sparlampe und im Gegensatz zu dieser nicht gesundheitsschädigend. Für die Wintersession plant Gilli deshalb ihrerseits einen Vorstoss, um den Einsatz der LED-Leuchtmittel mit Anreizen zu fördern und denjenigen der Sparlampe nach einer Übergangsfrist zu verbieten.

Estermann wiederum möchte die Sparlampe am liebsten sofort vom Markt nehmen: «Wenn ich nur schon an die giftigen Quecksilberdämpfe denke, die freigesetzt werden, wenn so eine Lampe in heissem Zustand zerbricht. Ich möchte nicht wissen, was geschieht, wenn zum Beispiel einmal an einem Kindergeburtstag eine Sparlampe in die Brüche geht.» Doch die Erfolgsaussichten sind gering, obwohl Estermann viel Sympathie gespürt hat, als sie im Nationalrat für ihr Begehren Unterschriften sammeln ging. «Viele sagten mir, sie hätten sich auch eingedeckt – und hofften, dass der Vorrat reicht, bis die LED-Lampen erschwinglich werden», sagt sie.

Das scheint realistischer, als auf die Bundesbehörden zu setzen. «Eine Aufhebung des Glühlampenverbots ist kein Thema», sagt Marianne Zünd, Kommunikationschefin des Bundesamtes für Energie. Genauso wenig werde erwogen, die Energiesparlampen zu verbieten. Sicher sei nur, dass es im Beleuchtungsbereich weitere Verschärfungen geben werde: Ab 2015 werden nach Zünd die Anforderungen an den Energieverbrauch von Halogenlampen weiter erhöht.

solange es keine gleichwertige Alternative zu den giftigen und gesundheitsschädigenden Sparlampen gebe und die LED-Lampen als Technologie der Zukunft noch zu teuer seien. LED-Lampen leuchten effizient und sind frei von giftigem Quecksilber.

«Das übereilte Verbot der ungiftigen, günstigen und umweltfreundlichen Glühlampen ist sofort aufzuheben», fordert die Luzerner SVP-Nationalrätin in ihrer Motion, die von 40 Ratskollegen und -kolleginnen mitunterzeichnet wur-